

Gutachten



Wachstumseffekte der demographischen Entwicklung – ein Triadevergleich D – EU – USA

an Herrn Malte Ristau-Winkler
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Abt. 2 – Familie, Wohlfahrtspflege, Bürgerschaftliches Engagement
Alexanderstraße 3
10178 Berlin

Ansprechpartner im IW Köln:
Dr. Axel Plünnecke
Wissenschaftsbereich Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik

Köln, 29. Mai 2007

Inhalt

1. Einleitung 2

2. Das Wachstumsmodell zur Analyse der Effekte des demographischen Wandels 3

3. Wachstumseffekte des demographischen Wandels in D, EU und USA 5

4. Wachstumseffekte einer steigenden Kinderzahl in D und EU 8

5. Wachstumseffekte einer bevölkerungs- und wachstumsorientierten Familienpolitik 15

6. Handlungsbedarf in der EU-25 21

7. Fazit..... 26

Kurzzusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des Gutachtens 27

Literatur 28

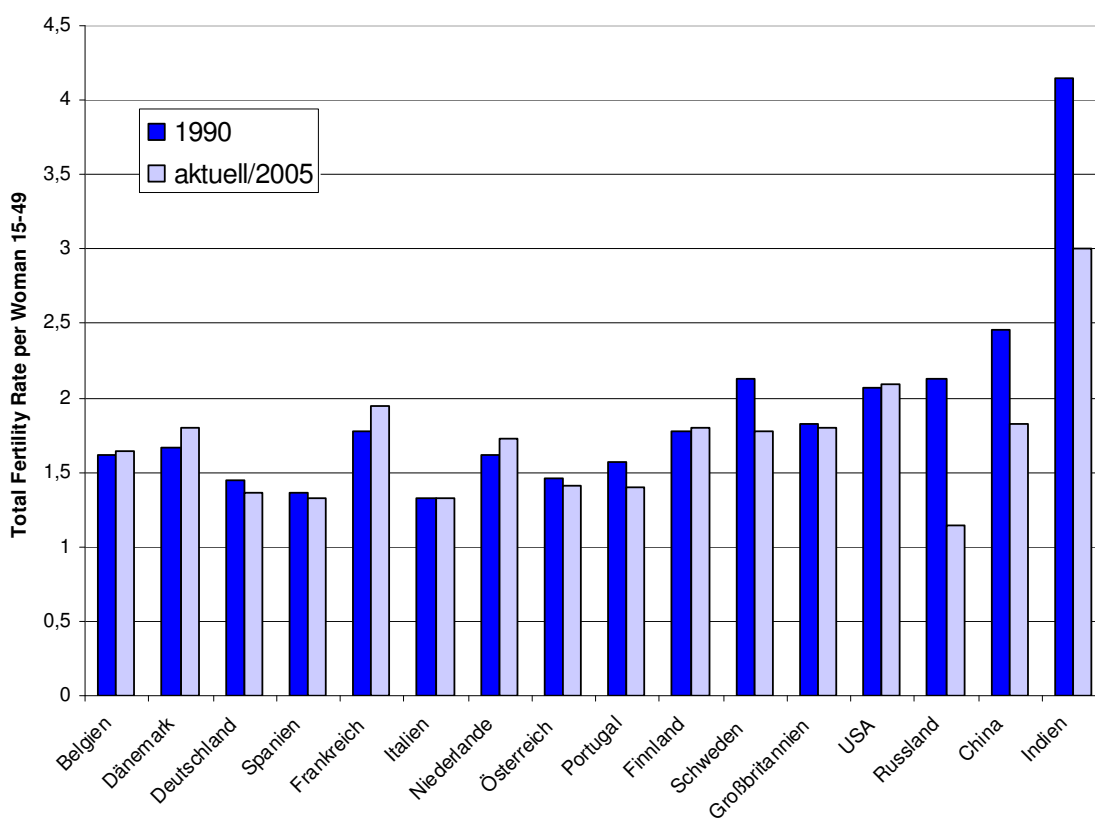
Der Autor 29

1. Einleitung

Europa fällt gegenüber den USA beim Wirtschaftswachstum zurück. Neben Standortnachteilen bei Arbeits- und Produktmärkten sowie bei der Ausstattung mit Human- und Realkapital sind vor allem Unterschiede bei der demographischen Entwicklung hierfür verantwortlich, die in dieser Studie näher betrachtet werden sollen.

Abbildung 1

Die Entwicklung der Geburtenraten in Europa, USA, Russland, China und Indien



Quelle: United Nations Population Fund (UNFPA), Weltbevölkerungsbericht, 2006¹

¹ Anmerkung: Die Zahlen für die Länder Russland, China und Indien entstammen dem UNFPA; die Zahlen für die USA der Publikation „Dynamik der Weltbevölkerung 2002“ des Berlin Instituts für Bevölkerungsforschung (für 1990) beziehungsweise dem CIA-World-Factbook (für 2005). In anderen Statistiken variieren die Zahlen mehr oder weniger leicht: Unicef beziffert die Geburtenrate für das Jahr 2005 in den USA auf 2, in Russland auf 1,4, in China auf 1,7 und in Indien auf 2,9. Die Zahlen des World Fertility Reports 2003 der United Nations Population Division können in diesem Zusammenhang schlecht verwendet werden, da in den Ländern unterschiedliche Berechnungszeitpunkte gewählt wurden. Die Zahlen für Europa entstammen der Publikation „Familien in Zahlen. Aktualisierung 2006“ des Österreichischen Instituts für Familienforschung, 2006.

Auch andere konkurrierende Wirtschaftsregionen weisen eine andere Entwicklung der Geburtenrate auf. In Indien, China und Russland ist die Geburtenrate in den letzten zehn Jahren gesunken, wobei in Indien eine Fertilitätsrate von drei Kindern pro Frau weiterhin für eine sehr dynamische Entwicklung sorgen dürfte. Eine hohe Geburtenrate sorgt dort damit für ein sehr geringes Durchschnittsalter und sehr günstige Ersatzquoten für aus dem Arbeitsmarkt ausscheidende Jahrgänge. Die Wachstumsdynamik wird darüber hinaus dadurch gestärkt, dass die nachrückenden Jahrgänge deutlich besser qualifiziert sind. In Russland hingegen kam es wie in vielen Transformationsländern zu einem starken Rückgang der Fertilitätsrate. Die daraus resultierende Bevölkerungsstruktur dürfte sich dämpfend auf die Wachstumsdynamik der näheren Zukunft auswirken.

Die USA haben eine Geburtenrate von über zwei Kindern pro Frau. In der EU liegt die Geburtenrate niedriger. Die unterschiedlichen Entwicklungen der Geburtenraten (Abbildung 1) führen zu der Frage, wie sich der demographische Wandel in den kommenden Jahrzehnten auswirkt. Welche Wachstumswirkungen entstehen in Deutschland, Europa und den USA bei sonst gleichen Bedingungen allein durch die unterschiedliche demographische Entwicklung? Was kann eine nachhaltige Familienpolitik in diesem Zusammenhang bewirken, durch die zum einen ein höheres Bevölkerungswachstum realisiert wird und die zum anderen wachstumsorientiert ausgestaltet wird.

Zur Beantwortung dieser Fragen wird im zweiten Kapitel zunächst kurz das für die Szenario-Rechnungen verwendete Wachstumsmodell vorgestellt. Danach wird im dritten Kapitel untersucht, welche Wachstumseffekte die bestehenden Bevölkerungsvorausberechnungen im Status quo-Szenario haben. Das vierte Kapitel untersucht für Deutschland und Europa die Effekte, eines Szenarios mit steigender Bevölkerungsentwicklung aufgrund einer steigenden Geburtenrate. Das fünfte Kapitel untersucht darüber hinaus, wie eine bevölkerungs- und wachstumsorientierte Familienpolitik zu zusätzlichen Wachstumsimpulsen führen kann. Für Deutschland werden die zu erwartenden Effekte quantifiziert. Für die EU soll im sechsten Kapitel kurz aufgezeigt werden, inwieweit in einer Auswahl der dortigen Staaten die Familienpolitik bereits wachstumsorientiert ausgestaltet ist.

2. Das Wachstumsmodell zur Analyse der Effekte des demographischen Wandels

Der Volkswirtschaft stehen verschiedene Möglichkeiten offen, den Wachstumspfad des BIP pro Person zu beeinflussen. In seinem Jahresgutachten 2002/03 hat der Sachverständigenrat (SVR) die potenziellen Einflussfaktoren auf das Wirtschaftswachstum in den OECD-Staaten untersucht (SVR, 2002, Ziffer 594 ff.).

Im Modell wird das Wachstum des BIP pro Erwerbsfähigem erklärt. Als erklärende Variablen (Wachstumstreiber) wählt der Sachverständigenrat neben dem Wachstum der Vorperiode (im Modell als „BIP-verzögert“ bezeichnet)

- die privaten und staatlichen Investitionen,
- das Bevölkerungswachstum,
- die Humankapitalausstattung,

- die Gesamtabgabenlast,
- die Staatsverschuldung,
- die strukturelle Arbeitslosigkeit.

Die Schätzung des empirischen Modells ergibt folgende Regressionskoeffizienten für die einzelnen Variablen (Tabelle 1):

Tabelle 1

Schätzergebnisse des SVR-Wachstumsmodells

Variable	Koeffizient	t-Wert
Bruttoinlandsprodukt-verzögert	0,66	11,27
Unternehmensinvestitionen	0,12	2,96
Staatliche Investitionen	0,08	3,65
Wachstumsrate der Bevölkerung 15-64	-0,06	-0,85
Humankapital	0,1	1,89
Gesamtabgaben	-0,13	-2,02
Defizit	-0,002	-1,48
Standardisierte Arbeitslosenquote	-0,062	-4,36

Quelle: SVR, 2002

Die Vorzeichen der Regressionskoeffizienten stimmen mit den aus der Theorie erwarteten Wirkungsrichtungen überein. Die t-Werte erlauben für die einzelnen Variablen eine Aussage über die Signifikanz ihres Erklärungsbeitrags. Bruttoinlandsprodukt-verzögert, Unternehmensinvestitionen, staatliche Investitionen und Arbeitslosenquote sind folglich auf 1-Prozent-Niveau, die Abgaben auf dem 5-Prozent-Niveau und das Humankapital auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant. Das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist bezogen auf das Wachstum des BIP je erwerbsfähige Person nicht signifikant. Das BIP je Einwohner wird aber vor allem durch den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung beeinflusst. Das Bevölkerungswachstum selbst wirkt sich vor allem auf die Wachstumsrate des BIP aus.

Die Wirkung von Veränderungen der Variablen auf das Wachstum kann anhand der Koeffizienten wie folgt interpretiert werden: Ein Anstieg der Investitionsquote der Unternehmen um 1 Prozent in einem Fünfjahreszeitraum bewirkt eine Erhöhung des BIP je Erwerbsfähigen um 0,12 Prozent im Fünfjahreszeitraum, während eine Erhöhung der Staatsinvestitionen um 1 Prozent zu einer Erhöhung um 0,08 Prozent führt. Erhöht sich die um den technischen Fortschritt und die Abschreibungen (um insgesamt 5 Prozent) erweiterte Bevölkerungswachstumsrate um 1 Prozent (nicht Prozentpunkt), so sinkt das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbsfähigen um 0,06 Prozent. Steigt die Ausstattung mit Humankapital um 1 Prozent, so wirkt sich dies mit 0,1 Prozent positiv auf die Fünfjahresveränderung

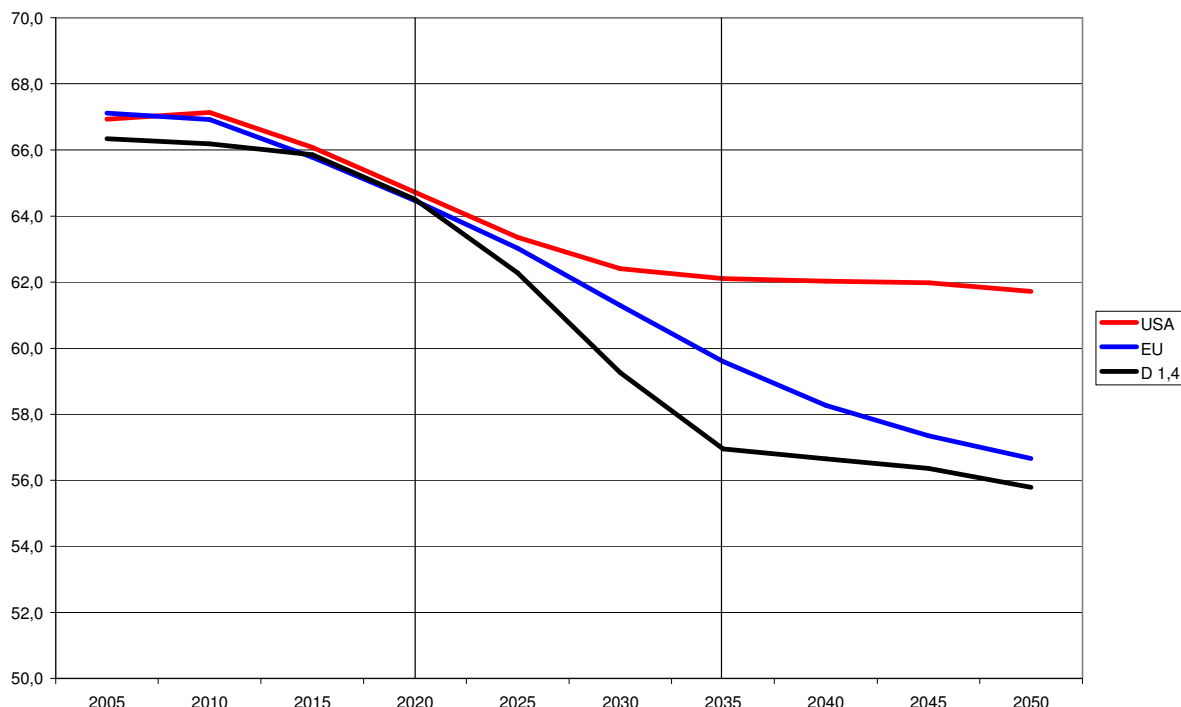
des BIP je Erwerbsfähigen aus. Eine Erhöhung der Gesamtabgaben um 1 Prozent führt zu einer Reduzierung um 0,13 Prozent und eine Steigerung der Defizitquote um 1 Prozentpunkt zu einer Reduzierung des Wachstums um 0,002 Prozent. Steigt die standardisierte Arbeitslosenquote um 1 Prozent, so ist eine Reduzierung des BIP pro Person im erwerbsfähigen Alter von 0,062 Prozent zu erwarten. Die Veränderung der Bevölkerungsrate wirkt sich nicht signifikant auf das Wachstum aus. Wichtig sind jedoch Änderungen der Altersstruktur. Sinkt aufgrund der Alterung der Bevölkerung der Anteil der Erwerbsfähigen an der Gesamtbevölkerung, so sinkt unter sonst gleichen Bedingungen das BIP je Einwohner.

3. Wachstumseffekte des demographischen Wandels in D, EU und USA

Der demographische Wandel führt in den kommenden Jahrzehnten zu zwei Effekten, die wie oben beschrieben einen starken Einfluss auf das Wachstum des BIP und das Wachstum des BIP je Einwohner haben. Das Wachstum des BIP je Einwohner wird vor allem stark vom Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung beeinflusst.

Abbildung 2

Entwicklung des Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung in D, EU und USA



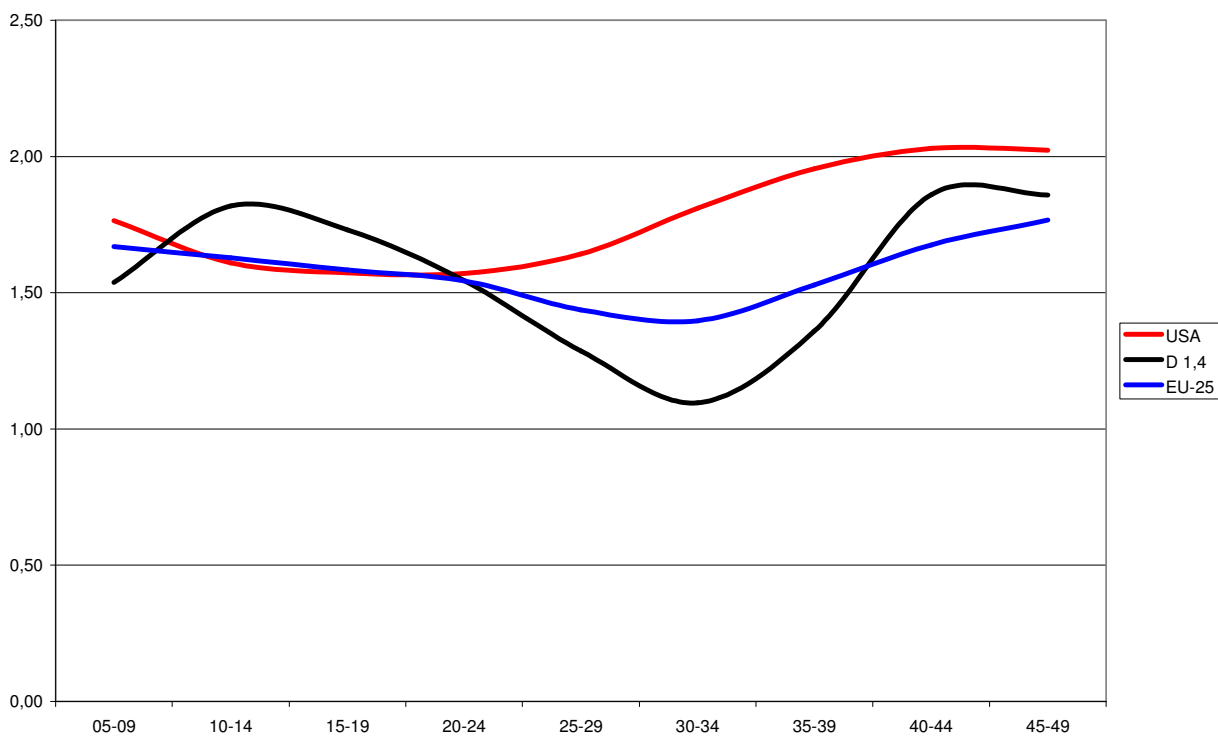
Quelle: eigene Berechnungen

Im Jahr 2020 liegt dieser Anteil in Deutschland, der EU und den USA in etwa gleich auf. Danach entwickeln sich diese Anteile bis zum Jahr 2035 deutlich auseinander. In Deutschland scheiden die geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt aus, geburtenschwache Jahrgänge rücken nach. Dadurch sinkt der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung von knapp 65 Prozent auf etwa 57 Prozent deutlich ab. In der EU-25 wird im Jahr 2035 noch ein Anteil von knapp 60, in den USA von 62 Prozent erreicht.

Dieser Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in Relation zur Gesamtbevölkerung macht sich deutlich beim Wachstum des BIP je Einwohner bemerkbar. In den folgenden Berechnungen dieses Gutachtens wird unterstellt, dass die Werte der Wachstumstreiber konstant bleiben. Lediglich die Veränderungen der Bevölkerungskennzahlen und der daraus ableitbaren Effekte auf die Abgaben werden im Modell berücksichtigt.

Abbildung 3

Wachstumsrate des BIP je Einwohner in D, EU und USA



Quelle: eigene Berechnungen

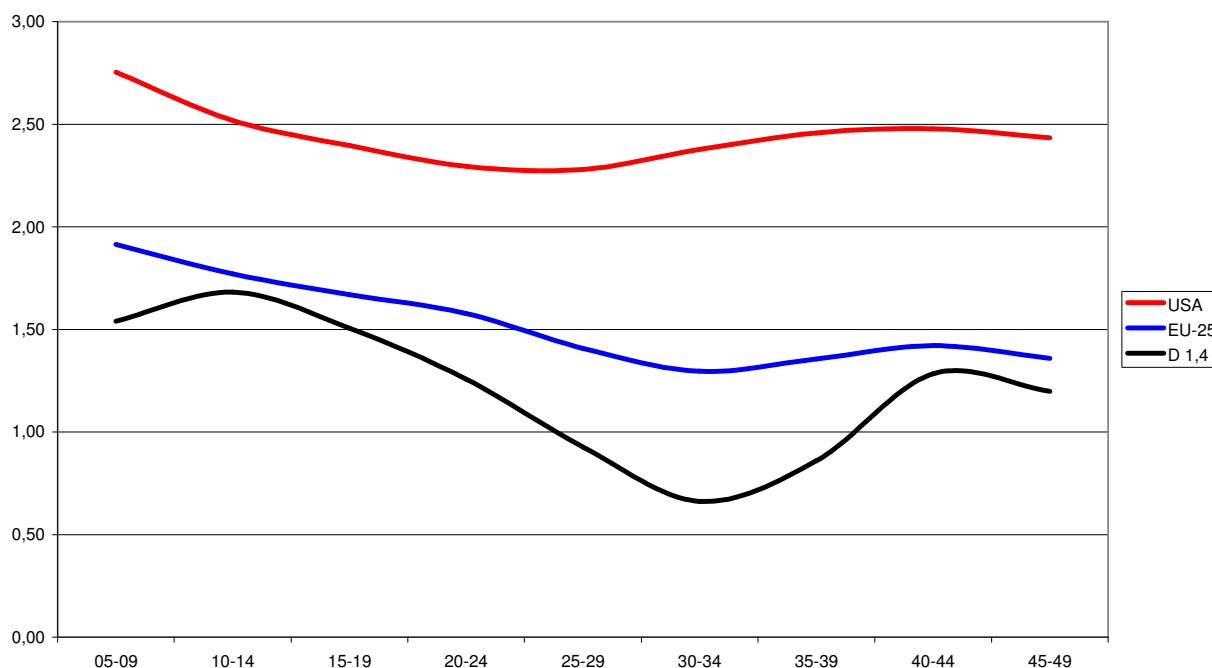
Liegt das Wachstum bis zum Jahr 2020 noch auf ähnlichem Niveau beziehungsweise aufgrund des geringen Bevölkerungswachstums in Deutschland sogar leicht höher als in den USA, so wirkt sich der Effekt der veränderten Bevölkerungsstruktur in einem deutlichen Auseinanderfallen der Wachstumsraten nach 2020 aus. Während in den USA ein Wachstum des BIP je Einwohner zwischen 1,5

und 2,0 Prozent erreicht wird, sinkt in Deutschland die Wachstumsrate des BIP je Einwohner auf gut 1 Prozent. Allein durch die demographische Entwicklung droht der Rückstand bei BIP je Einwohner und damit bei dem wichtigsten Wohlstandsmaß weiter zuzunehmen. Auch in den EU-25 macht sich nach 2020 die ungünstigere Entwicklung der Bevölkerungsstruktur gegenüber den USA bemerkbar.

Noch deutlicher wird das Auseinanderfallen beim Blick auf das Wachstum des BIP insgesamt. In den USA steigt die Bevölkerung im Basisszenario der Uno-Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2050 um etwa ein Drittel, in der EU-25 ist auf Basis einer Eurostat-Projektion ein Rückgang um 2 Prozent und in Deutschland nach einer Projektion des Statistischen Bundesamtes um 16 Prozent zu erwarten. Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums in den USA liegt dort damit die Wachstumsrate des BIP deutlich höher als die Rate beim BIP je Einwohner, in der EU-25 liegen die Raten nah beieinander, da die Bevölkerung nahezu unverändert bleibt, in Deutschland liegt die Rate beim Wachstum des BIP deutlich unter der des BIP je Einwohner.² Insgesamt ist damit zu rechnen, dass bei bestehender Fertilitätsrate unter sonst gleichen Bedingungen eine Halbierung der Wachstumsdynamik im Zeitraum 2025 bis 2035 gegenüber der aktuellen Wachstumsdynamik des Produktionspotenzials zu erwarten ist.

Abbildung 4

Wachstumsrate des BIP in D, EU und USA



Quelle: eigene Berechnungen

² Zu einem ähnlichen Wachstumsverlauf im Basisszenario kommt eine Untersuchung der Deutschen Bank aus dem Jahr 2003. Vgl. Gräf (2003).

Der demographische Wandel wird folglich dazu führen, dass der Wohlstand in Deutschland – gemessen am BIP je Einwohner – relativ zu den USA zwischen 2020 und 2035 deutlich abnimmt. Die relative wirtschaftliche Stärke des Landes leidet deutlich stärker, da zusätzlich der Bevölkerungsrückgang wachstumsdämpfend auf das BIP wirkt. Die demographiebedingte Situation in den EU-25 ist etwas besser als in Deutschland, aber ebenso deutlich schlechter als in den USA einzuschätzen.

4. Wachstumseffekte einer steigenden Kinderzahl in D und EU

Ein verändertes Bevölkerungsszenario wirkt sich in zweifacher Weise auf das Wachstum des BIP und des BIP je Einwohner aus.

Bevölkerungswachstumsrate

Ein höheres Bevölkerungswachstum bewirkt nach dem obigen Modell zunächst einmal einen negativen Wachstumseffekt auf das Bruttoinlandsprodukt pro Person im erwerbsfähigen Alter, da sich das vorhandene Sachkapital rechnerisch auf eine größere Zahl an Erwerbspersonen aufteilt. Dieser negative Effekt ist aber relativ klein. Gleichzeitig ändert sich mittelfristig der Quotient aus Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Gesamtbevölkerung durch eine steigende Kinderzahl. Wenn durch eine nachhaltige Familienpolitik die Kinderzahl pro Frau von knapp 1,4 Kinder auf eine höhere Zahl steigt, führt dies zunächst zu einer aus wachstumspolitischer Sicht ungünstigen Veränderung der Bevölkerungsstruktur, bevor dann durch die steigende Kinderzahl eine Verbesserung der Lastquoten eintreten kann. Im Hinblick auf die Entwicklung des Gesamt-BIP führt eine steigende Bevölkerungszahl mittelfristig zu einem höheren Wachstum.

Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

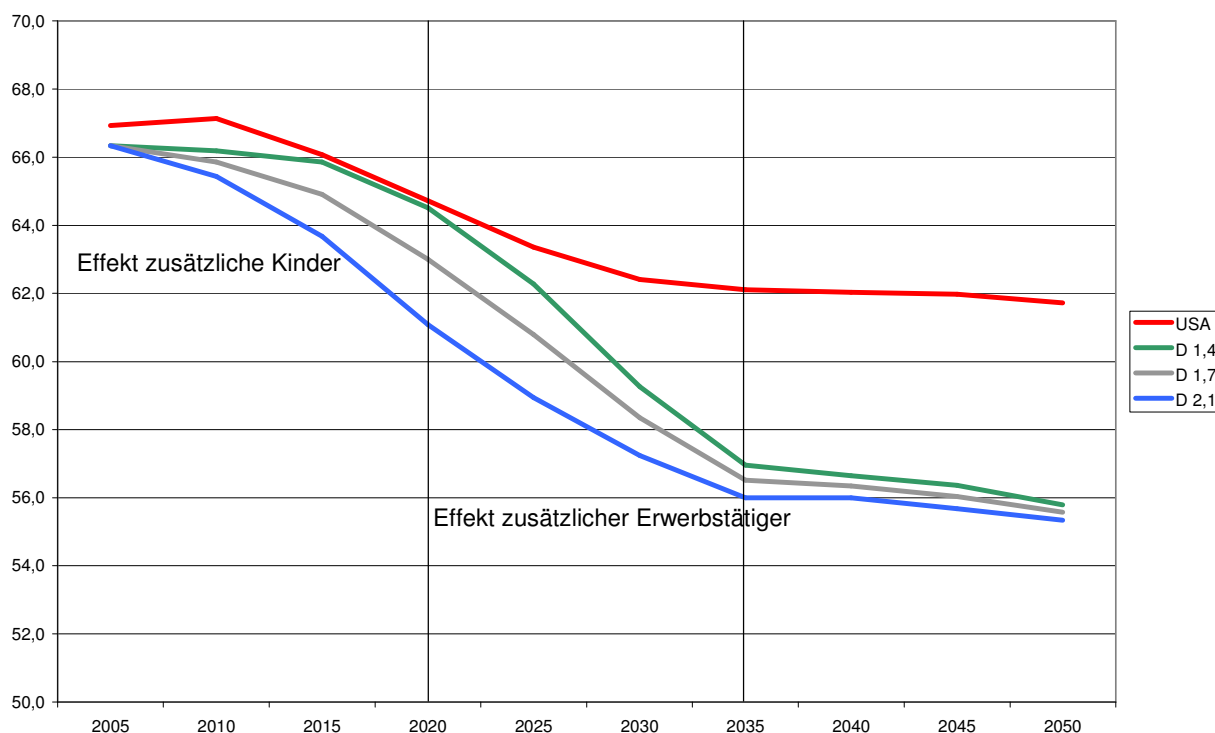
Besonders wichtig für die Wachstumsdynamik des BIP je Einwohner ist der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) an allen Einwohnern. Durch das Nachrücken geburtenschwacher Jahrgänge bei dem gleichzeitigen Ausscheiden von geburtenstarken Jahrgängen wird sich beispielsweise in Deutschland diese zentrale wachstumsrelevante Kennzahl in den 20er Jahren deutlich verschlechtern. Durch eine höhere Geburtenrate wird dieser Rückgang jedoch kompensiert, da ab Mitte der 20er Jahre zusätzliche Erwerbspersonen zur Verfügung stünden.

Im Folgenden sollen mögliche Wachstumseffekte des demographischen Wandels berechnet werden. Dazu werden Annahmen für die Werte der Wachstumstreiber abgeleitet und diese zur Ermittlung von Wachstumsraten im Wachstumsmodell verwendet. Die Berechnungen geben einen Einblick, welche Wachstumsimpulse durch den demographischen Wandel zu erwarten sind und wie sich zusätzliches Wachstum durch eine nachhaltige Familienpolitik erreichen lässt. Zur Berechnung der Wachstumswirkungen einer steigenden Kinderzahl sind neben den veränderten demographischen Trends Annahmen über die Entwicklung der Gesamtabgabenquote nötig.

Die demographische Entwicklung schlägt sich im Modell in einer veränderten Kinderzahl pro Frau nieder. Die Geburtenrate steigt bis 2014 auf 1,7 Kinder pro Frau.³ Dadurch nimmt zeitverzögert die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu, was sich – isoliert betrachtet – negativ auf die Wachstumsrate des BIP je Person im erwerbsfähigen Alter auswirkt. Gleichzeitig verändert sich jedoch dadurch mittelfristig das Verhältnis der Personenzahl im erwerbsfähigen Alter zur Größe der Gesamtbevölkerung. Die Verbesserung dieser Strukturkennziffer führt dazu, dass die steigende Kinderzahl mittel- bis langfristig die Wachstumsrate des BIP je Einwohner erhöhen kann. Eine Erhöhung der Geburtenzahl auf 2,1 Kinder pro Frau würde das Wachstum des BIP je Einwohner bis 2020 belasten, da mehr Kinder den Nenner dieser Größe erhöhen. Produktive Effekte entstehen dafür nach 2020, wenn die ersten zusätzlich Geborenen ins erwerbsfähige Alter kommen. Der Struktureffekt zwischen 2020 und 2035 würde demnach weniger stark ausfallen; der bereits im Jahr 2020 geringere Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung würde bis 2035 langsamer fallen.

Abbildung 5

Entwicklung des Anteils der erwerbsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung



Quelle: eigene Berechnungen

Durch diese nachhaltige Familienpolitik verschlechtert sich kurzfristig die Lastquote, da die zusätzlichen Kinder zunächst nur den Nenner des Quotienten erhöhen. Ab 2020 jedoch wird der demogra-

³ Diese Kinderzahl entspricht der gewünschten Kinderzahl der Deutschen (BiB/Robert Bosch Stiftung, 2006). Verschiedene Studien haben gezeigt, dass es keineswegs utopisch ist, eine deutliche Erhöhung der Kinderzahl zu erreichen (Bertram et al., 2005; Prognos, 2005).

phisch bedingte Rückgang des Anteils der Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung verlangsamt.

Abgabenquote

Bei der Gesamtabgabenquote ergibt sich mittelfristig eine Verbesserung durch die zusätzliche Kinderzahl. Da die Kosten der Kinder zu großen Teilen privat von den Eltern getragen werden und in den kommenden Jahren die schulische Infrastruktur eher unterausgelastet sein wird, sind vor allem die Lasten durch die älteren Personen für die Gesamtabgabenlast entscheidend. Auf Basis einer Studie der OECD (Burniaux et al., 2003) kann abgeschätzt werden, wie sich das Erwerbspersonenpotenzial durch eine steigende Kinderzahl verändert.

Die steigende Zahl an Älteren (über 65 Jahre) wird dann ins Verhältnis zum Erwerbspersonenpotenzial gesetzt. Diese spezifische Alterslastquote wird in einem weiteren Schritt dazu verwendet, Annahmen über den zukünftigen Verlauf der Gesamtabgabenquote zu gewinnen. Durch die steigende Geburtenzahl ist mittel- bis langfristig eine leichte Dämpfung des Anstiegs der Gesamtabgaben zu erwarten (vgl. Plünnecke/Seyda, 2007).

Wachstumseffekte beim Gesamt-BIP

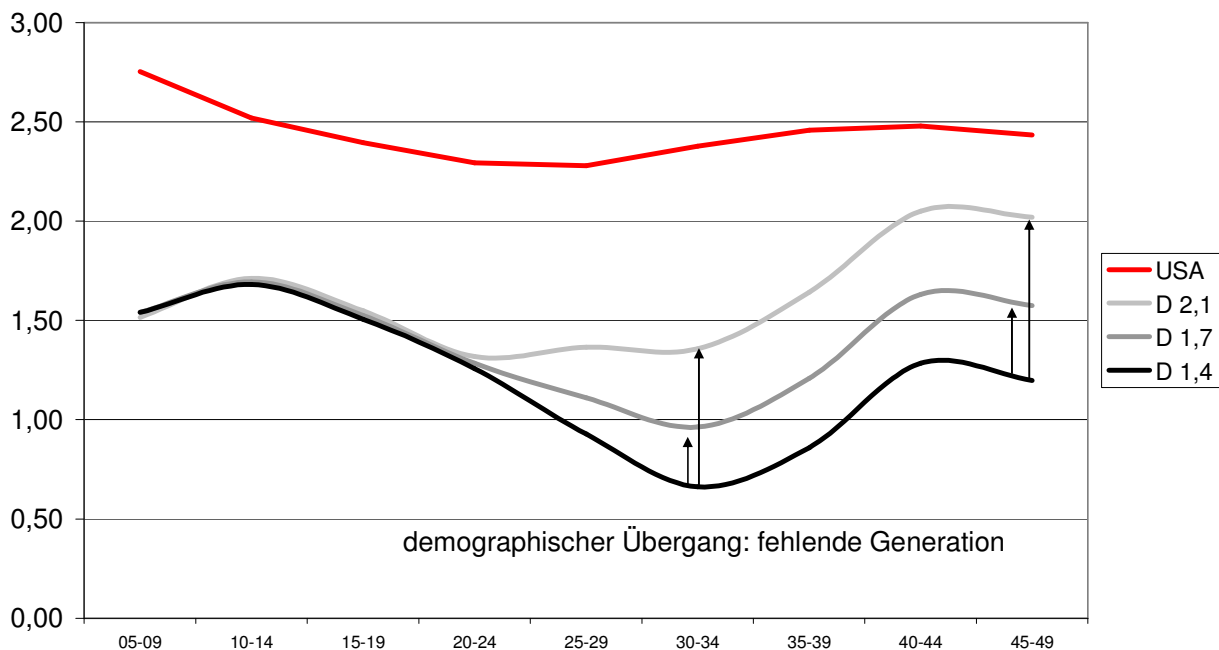
Durch die steigende Kinderzahl verändert sich das BIP-Wachstum in dem angebotsseitigen Modell in den nächsten 20 Jahren nicht. Erst wenn die zusätzlichen Kinder erwerbstätig sind, tragen sie zu einer höheren Produktion bei. Ferner nimmt dann das Wachstum der Gesamtabgabenquote ab, da mehr jüngere Einzahler die Sozialsysteme stabilisieren.

Für die Entwicklung der Wachstumsrate des Gesamt-BIP folgt daraus, dass der demographiebedingte starke Einbruch zwischen 2025 und 2035 durch diese nachhaltige Familienpolitik korrigiert werden kann. Im Ist-Szenario steht den aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Baby-Boomer-Jahrgängen nur eine geringe Zahl an nachrückenden jungen Menschen gegenüber. Dadurch sinkt das Trendwachstum des Gesamt-BIP von aktuell etwa 1,5 auf 0,7 Prozent ab. Berücksichtigt man den Effekt einer steigenden Kinderzahl, so bleibt das Trendwachstum oberhalb von 1 Prozent. Auch langfristig zahlt sich eine steigende Kinderzahl – deutlich sichtbar beim BIP-Wachstum – aus. Das Produktionspotenzial wächst mit einer Rate von über 1,6 Prozent. Ohne eine steigende Kinderzahl wäre nur ein Wachstum von 1,2 Prozent zwischen 2040 und 2050 zu erwarten. Bei einer Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau würde die demographiebedingte Wachstumsdelle weiter geglättet. Langfristig könnte das Wachstum etwa 2 Prozent betragen. Der Wachstumsrückstand gegenüber den USA könnte damit deutlich reduziert werden. Die USA profitieren bis 2050 sowohl von einer hohen Geburtenrate als auch von einer hohen Zuwanderung. So steigt laut Bevölkerungsvorausberechnung der UNO die Bevölkerung der USA um etwa ein Drittel von rund 300 Millionen im Jahr 2006 auf 402 Millionen im Jahr 2050 an. In Deutschland hingegen sinkt die Bevölkerung laut 11. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung Variante W1 trotz einer Zuwanderung von jährlich 100.000 im gleichen Zeitraum um 16 Prozent von gut 82 auf knapp 69 Millionen. Selbst bei einer als unrealistisch positiv zu bewertenden Geburtenrate von 2,1 Kindern in der Variante GR L1 W1 würde sich die Bevölkerung um lediglich 5 Prozent auf rund 86 Millionen Einwohner erhöhen. Die anteilig deutlich größere Kohorte an

potenziellen Müttern in den USA führt folglich dazu, dass selbst eine sehr hohe Geburtenrate die Wachstumsdifferenz gegenüber den USA nicht voll schließen kann.

Abbildung 6

Jährliche Wachstumsraten des BIP im Ist-Szenario und bei steigender Kinderzahl



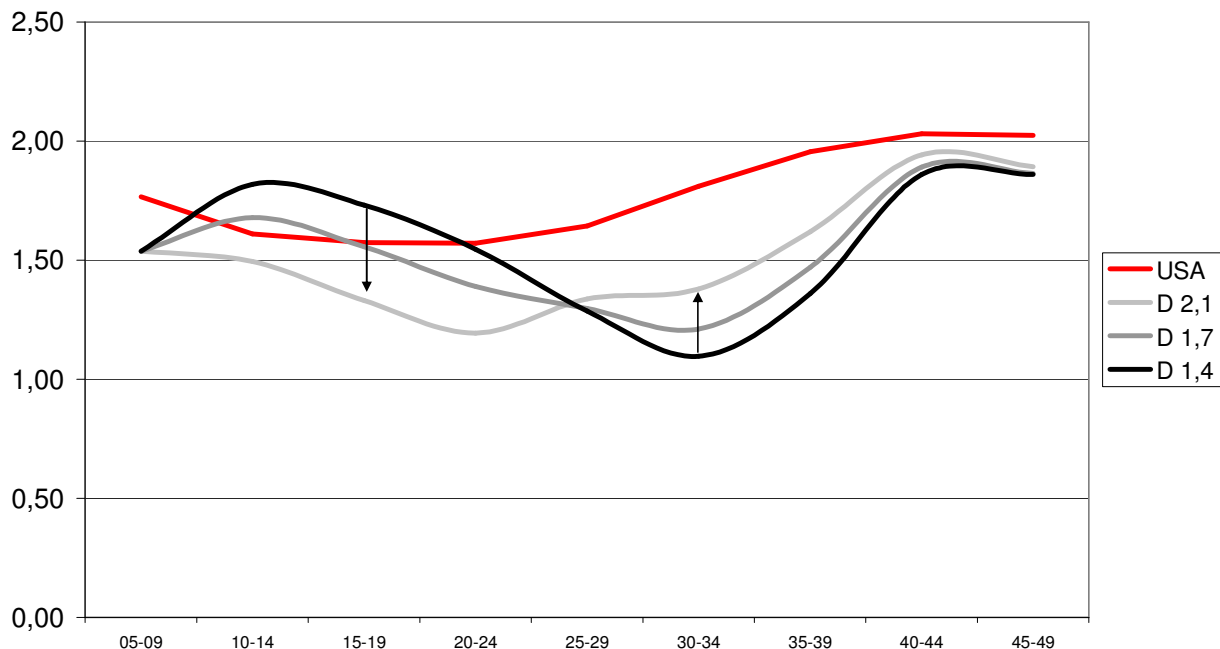
Quelle: eigene Berechnungen

Wachstumseffekte beim BIP je Einwohner

Da eine steigende Zahl an Kindern auf der Angebotsseite keine Wachstumseffekte verursacht, bis die Kinder ins erwerbsfähige Alter kommen, ist für das Wachstum des BIP je Einwohner in einer Übergangsphase mit einem Rückgang zu rechnen – das gegebene BIP muss auf mehr Einwohner verteilt werden. Ab dem Jahr 2030 überwiegen bei der Betrachtung der Wachstumsrate des BIP je Einwohner jedoch die Zunahme bei der Zahl der Erwerbstätigen und die Stabilisierung der Gesamtabgaben die steigende Zahl an Einwohnern, sodass eine Zunahme des Wachstums des BIP je Einwohner eintritt. Dieser Wachstumseffekt schmilzt ab 2040 jedoch wieder ab, da die zusätzlichen Kinder der Geburtsjahrgänge 2010 bis 2014 nun selbst zusätzliche Kinder zur Welt bringen, sodass diese quasi in einer Zweitrundenbetrachtung zunächst wiederum dämpfende Effekte auf das Wachstum des BIP je Einwohner haben.

Abbildung 7

Jährliche Wachstumsraten des BIP je Einwohner im Ist-Szenario und bei steigender Kinderzahl



Quelle: eigene Berechnungen

Wachstumseffekte in der EU-25

Auch für die EU-25 lassen sich ähnliche Effekte zeigen. Im Basisszenario von Eurostat sinkt die Bevölkerung der EU-25 um etwa 2 Prozent von rund 459 Millionen auf 448 Millionen im Jahr 2050. Die demographische Delle ist in der EU-25 kleiner als in Deutschland, da der Unterschied in den Kohortenstärken zwischen den ausscheidenden und nachwachsenden Jahrgängen am Arbeitsmarkt zwischen 2020 und 2035 kleiner als in Deutschland ist. Bei dem Bevölkerungsszenario hohe Geburtenzahl von Eurostat steigt die Bevölkerung der EU-25 um etwa 6 Prozent von rund 459 Millionen Einwohner auf rund 488 Millionen Einwohner an.

Für die einzelnen Länder der EU sind die Unterschiede in den beiden Szenarien von Eurostat beträchtlich. Bei der Zuwanderung gibt es Änderungen beim Basisszenario und beim Szenario „hohe Bevölkerung“. Für die Studie ist die Entwicklung der Kinderzahl wichtiger. Diese steigt auch im Basisszenario im Unterschied zum obigen Szenario für Deutschland leicht an. Die Zunahme der Kinderzahl je Frau ist im Szenario „hohe Bevölkerung“ in einigen Regionen recht deutlich, in anderen Staaten eher gering.

Tabelle 2

Annahmen in den Bevölkerungsszenarien von Eurostat

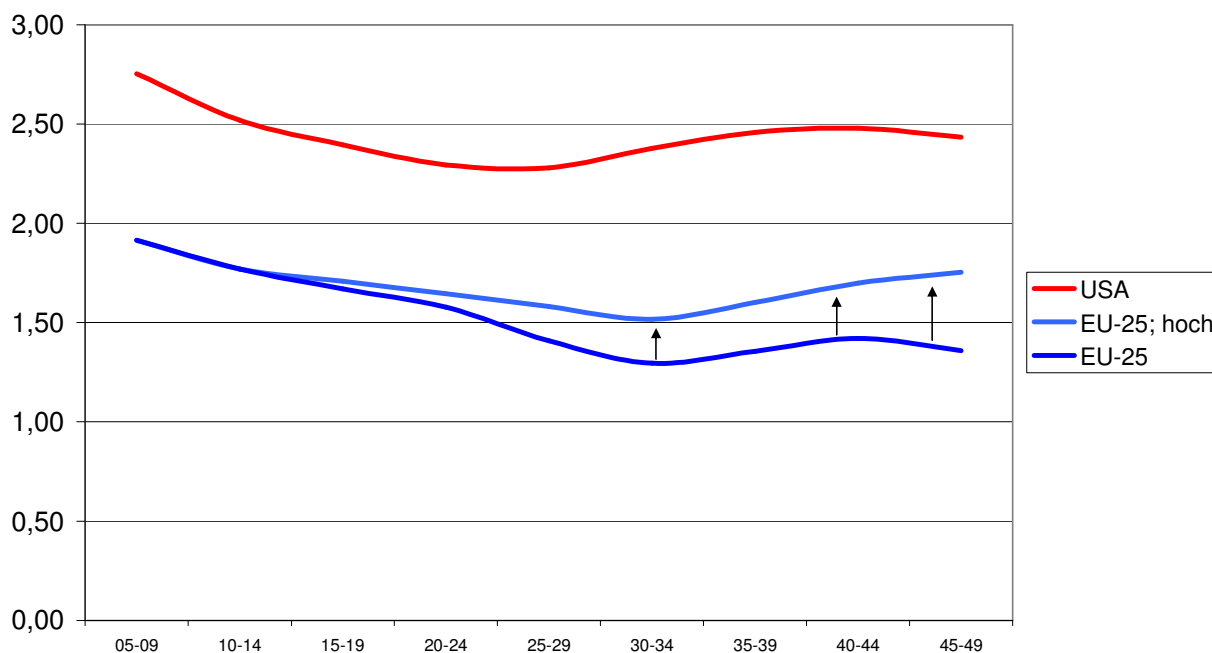
	Basisszenario		Variante hohe Bevölkerung	
	Kinderzahl pro Frau in 2010	Kinderzahl pro Frau in 2050	Kinderzahl pro Frau in 2010	Kinderzahl pro Frau in 2050
Irland	1,90	1,80	2,00	2,00
Frankreich	1,87	1,85	1,99	2,10
Schweden	1,83	1,85	1,90	2,10
Finnland	1,78	1,80	1,87	2,00
Dänemark	1,77	1,80	1,86	2,00
Niederlande	1,76	1,75	1,88	2,00
UK	1,73	1,75	1,86	2,00
Luxemburg	1,72	1,80	1,79	2,00
Belgien	1,65	1,70	1,76	1,95
Malta	1,51	1,60	1,82	2,00
Portugal	1,51	1,60	1,60	1,80
Estland	1,44	1,60	1,62	2,00
Zypern	1,43	1,50	1,73	1,90
Österreich	1,42	1,45	1,55	1,75
Deutschland	1,41	1,45	1,53	1,75
Lettland	1,40	1,60	1,62	2,00
Griechenland	1,39	1,50	1,49	1,75
Italien	1,37	1,40	1,49	1,70
Spanien	1,35	1,40	1,51	1,70
Rumänien	1,33	1,50	1,55	1,90
Ungarn	1,32	1,60	1,56	2,00
Litauen	1,30	1,60	1,51	2,00
Slowenien	1,24	1,50	1,47	1,90
Bulgarien	1,24	1,50	1,44	1,90
Tschech. R.	1,22	1,50	1,45	1,90
Polen	1,18	1,60	1,41	2,00
Slowakei	1,17	1,60	1,38	2,00

Quelle: Eurostat

Die Staaten mit einer bisher hohen Kinderzahl je Frau wie Irland, Frankreich, Schweden, Finnland, Dänemark, die Niederlande und das Vereinigte Königreich können im Basisszenario die Kinderzahl je Frau in etwa halten; im Szenario „hohe Bevölkerung“ steigt diese zeitverzögert leicht an. Besonders hoch ist die Zunahme der Fertilität bei den mittel- und osteuropäischen Staaten, die nach der Transformationskrise einen Einbruch der Kinderzahl erleiden mussten. Die höhere Kinderzahl bewirkt aber für den Bevölkerungsaufbau der EU-25 wenig, da in diesen Ländern die potenzielle Müttergeneration aufgrund der vergangenen demographischen Entwicklungen sehr klein ist. Gegenüber den Berechnungen im vorhergehenden Kapitel ist ferner zu berücksichtigen, dass die Erhöhung der Kinderzahl in den Eurostat-Szenarien langsamer abläuft als beim Vergleich der Szenarien des Statistischen Bundesamtes.

Abbildung 8

Jährliche Wachstumsraten des BIP in der EU-25 im Ist-Szenario und bei steigender Kinderzahl



Quelle: eigene Berechnungen

Die steigende Bevölkerung führt dazu, dass die Wachstumsrate des BIP deutlich ansteigt. Die Wachstumslücke gegenüber den USA kann um etwa ein Drittel geschlossen werden. Bei der Entwicklung des BIP je Einwohner gibt es keine gravierenden Veränderungen in der EU-25.

5. Wachstumseffekte einer bevölkerungs- und wachstumsorientierten Familienpolitik

Es ist aus wachstumspolitischer Sicht nicht nur wichtig, die Kinderzahl in einer Volkswirtschaft zu steigern, sondern auch dafür die Maßnahmen auszuwählen, die gleichzeitig positive Effekte auf andere Wachstumstreiber haben. Durch eine bevölkerungsorientierte und wachstumsorientierte Familienpolitik steigt sowohl das Wachstumspotenzial wie zuvor berechnet aufgrund einer höheren Bevölkerungszahl als auch wegen einer besseren Humankapitalförderung, höheren Erwerbstätigkeit und sinkenden Abgabenlast.

Humankapitalstand

Durch den Ausbau der frühkindlichen Förderung und der Ganztagschulen kann die bestehende Bildungsarmut in Deutschland gesenkt werden. Ferner erreichen mehr Jugendliche einen hohen Kompetenzwert und damit eine Studienberechtigung. Dadurch ist es möglich, den durchschnittlichen formalen Bildungsstand der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu erhöhen. Die positiven Wachstumswirkungen treten erst mittel- bis langfristig auf, wenn die besser ausgebildeten Kinder in den Arbeitsmarkt eintreten.

Arbeitslosenquote

Durch die durchschnittlich höhere Qualifikation sinkt bei gegebenen qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten die strukturelle Arbeitslosigkeit. Ferner führt eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einer steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen, sodass positive Wachstumswirkungen bereits kurz- bis mittelfristig auftreten können.

Abgabenquote

Die Gesamtabgabenquote kann durch eine Umschichtung familienpolitischer Leistungen verringert werden. Würde man kostenneutral die familienpolitischen Maßnahmen stärker in die Infrastruktur und weniger in die direkte finanzielle Wirkung lenken, so könnte die Gesamtabgabenquote sinken, da dadurch in einem zweiten Schritt sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entsteht. Die positiven Wachstumswirkungen treten bereits kurz- bis mittelfristig auf. Ferner entlastet eine steigende Kinderzahl langfristig die Abgabenquote, wenn dadurch die Steigerung des Alterslastquotienten gedämpft wird.

In der folgenden Tabelle sind Wirkungen einzelner familien- und bildungspolitischer Maßnahmen auf die Wachstumstreiber des Wachstumsmodells dargestellt. Im Folgenden werden diese Wirkungszusammenhänge ebenso wie die Wirkungen der Maßnahmen auf die Funktionswahrnehmung der Familie ausführlich erläutert.

Tabelle 3

Wirkungen von Familien- und Bildungspolitik auf einzelne Wachstumstreiber

	Bevölkerung	Arbeitslosigkeit/ Erwerbstätigkeit	Human- kapital	Abgaben
Elterngeld (67 Prozent für 12 + 2 Monate), Verkürzung der beruflichen Auszeit	+	+	+	+
Kinderbetreuung, Ganztagsbetreuung U3/ Ü3	+	+	+	+
Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten, Ganztags-schulen	+	+		+
Modularisierung von Ausbildung/Studium	+		+	
Familienunterstützende Dienstleistungen	+	+		+

+: positive Wirkung, Bevölkerung steigt/Arbeitslosigkeit sinkt oder Erwerbstätigkeit steigt/Abgaben sinken; 0: keine Veränderung; leere Kästchen: kein Einfluss; U3: unter Dreijährige, Ü3: über Dreijährige.

Quelle: Eigene Darstellung

Einführung des Elterngelds für zwölf (+ zwei) Monate, dadurch Verkürzung der beruflichen Auszeit:

- Das im Jahr 2007 eingeführte Elterngeld als Lohnersatzleistung stärkt langfristig die Reproduktionsfunktion der Familie und dürfte zu einem größeren Bevölkerungswachstum führen, da Einkommenssicherheit besteht und eine Stärkung der Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt erreicht wird. Zusammen mit einem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote bedeutet dies mehr Wahlfreiheit zwischen Familienmodellen, sodass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert wird. Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen aus Schweden, dass eine Beteiligung der Väter an der Erziehung, die sich in der Inanspruchnahme der „Papamonate“ äußert, zu einer höheren Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten führt (Duvander/Andersson, 2005).
- Das Elterngeld unterstützt die Existenzsicherung der Familienmitglieder und mindert den Achterbahneffekt beim Einkommen, der in der Regel durch den Wegfall eines Einkommens nach der Geburt entsteht. Es wird kein Einfluss des Elterngelds auf die Frauenerwerbstätigkeit im ersten Lebensjahr des Kindes erwartet, da bereits heute viele junge Mütter ein Jahr aussetzen. Ab dem zweiten Lebensjahr des Kindes ist ein Anstieg der Erwerbstätigkeit von Müttern zu erwarten. Diese Maßnahme erhöht auch die Frauenerwerbstätigkeit vor der Geburt, da es sich um eine Lohnersatzleistung handelt, die Anreize zur Arbeitsmarktpartizipation schafft.

- Die Möglichkeiten der Existenzsicherung werden kurzfristig gestärkt, da Frauen früher auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, und langfristig gestärkt, da die zu erwartenden Lohneinbußen bei kurzer Erwerbsunterbrechung deutlich geringer ausfallen als bei einer dreijährigen Auszeit. Diese Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit erhöht die Steuereinnahmen und reduziert das Wachstum der Sozialabgaben.
- Das Humankapital, das in der Volkswirtschaft genutzt werden kann, steigt, wenn qualifizierte Frauen kürzer in Elternzeit sind und die Möglichkeit haben, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in einer Berufstätigkeit einzusetzen. Dadurch verringern sich die Verluste, die während einer dreijährigen Elternzeit entstehen und den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben erschweren.

Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige, Ausbau der Ganztagsbetreuung für unter Sechsjährige, Einrichtung von Familienzentren, Ausbau von Ganztagschulen:

- Der im Jahr 2007 beschlossene Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur stärkt die Reproduktion und Haushaltsfunktion durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit reduziert sich auch die Wahrscheinlichkeit von Einkommensarmut, da das Einkommen der Frauen und Mütter wesentlich zur Armutsvermeidung in Familien beiträgt (Becker, 2002). Eine künftig damit an den Bedürfnissen von erwerbstätigen Eltern ausgebaute Betreuungsinfrastruktur führt zu einer besseren Nutzung des Humankapitals, vor allem von (hochqualifizierten) Müttern.
- Die erhöhte Frauenerwerbstätigkeit führt zu steigenden Steuereinnahmen und reduziert das Wachstum der Abgaben. Darüber hinaus entstehen im Betreuungssektor selbst neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Das DIW (2002) hat berechnet, welche fiskalischen Brutto-Einnahmeeffekte entstünden, wenn alle arbeitslosen Mütter und Mütter der stillen Reserve mit Kindern zwischen zwei und zwölf Jahren erwerbstätig wären. In der optimistischsten Variante, in der alle Mütter einen Arbeitsplatz finden, fiel dem Staat ein zusätzliches Einkommensteueraufkommen von bis zu 6 Milliarden Euro und ein zusätzliches Beitragsaufkommen von bis zu 9 Milliarden Euro jährlich zu.
- Eine Stärkung des Bildungsauftrages von Kindertageseinrichtungen und der Ausbau von Ganztagschulen führen zu einem höheren Bildungsstand und einer besseren Sozialisation der Kinder. Das Humankapital der Volkswirtschaft steigt, da Bildungspotenziale besser ausgeschöpft werden, mehr Startchancengerechtigkeit gegeben ist und die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunftsfamilie geschwächt wird. Zudem haben besser qualifizierte Kinder zukünftig ein geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko.
- Um den Erfolg der (frühkindlichen) Bildung nachhaltig zu stärken, ist es essenziell, auch die Eltern einzubeziehen und die Interaktion zwischen Einrichtungen/Schule und Elternhaus zu stärken. Eine Maßnahme in dem Zusammenhang ist die Ansiedlung von Familienzentren, in denen Eltern die wichtigsten Informations- und Beratungsstellen finden, in direkter Nähe der Kindertageseinrichtungen.

Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten:

- Die Reproduktionsfunktion wird mittelfristig gestärkt, da das fertile Zeitfenster zwischen Abschluss der Ausbildung und Etablierung im Beruf einerseits und Ende der fruchtbaren Phase der Frau andererseits vergrößert wird.
- Wenn junge Menschen ein Jahr früher ihren Bildungsabschluss erwerben, steigt die Jugenderwerbstätigkeit. Gleichzeitig sinken die Personalkosten im Bildungssystem.

Modularisierung der Ausbildung:

- Auch dadurch wird die Reproduktionsfunktion mittelfristig gestärkt, da das fertile Zeitfenster vergrößert wird, wenn Ausbildungsmodulare zeitlich verschoben werden können.
- Die Humankapitalausstattung wird größer, da mehr Menschen zu höheren Abschlüssen motiviert werden, wenn die Schwelle zur Aufnahme eines Studiums sinkt und Anreize für spätere Masterabschlüsse bestehen.

Familienunterstützende Dienstleistungen steuerlich absetzbar machen:

- FUD erhöhen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wirken daher positiv auf die Reproduktion und die Existenzsicherung.
- Es ist mit einer steigenden Frauenerwerbstätigkeit zu rechnen, die positive fiskalische Effekte hat. Darüber hinaus kommt es zu einer Legalisierung beziehungsweise zu einem Rückgang der Schwarzarbeit, der ebenfalls zu einem Rückgang des Abgabewachstums beiträgt.⁴

Veränderungen der Wachstumstreiber durch die wachstumsorientierte Familienpolitik**Abgabenquote**

Durch eine bessere frühkindliche Förderung und durch eine stärkere Modularisierung im Bildungssystem kann die Erwerbsbeteiligung junger Menschen gesteigert werden. Ferner führt eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit dazu, dass die Frauenerwerbsbeteiligung deutlich gesteigert werden kann.⁵ Auf Basis einer Untersuchung der OECD (Burniaux et al., 2003) werden diese Effekte für Deutschland quantifiziert und wiederum die Zahl der Älteren (über 65 Jahre) ins Verhältnis zur Zahl der Erwerbspersonen gesetzt und dadurch eine spezifische Alterslastquote berechnet. Vor allem durch die Frauenerwerbsbeteiligung lässt sich die demographiebedingte Steigerung der Lastquote verringern, was zu einer Verringerung des Wachstums der Gesamtabgabenquote um 1,5 Prozentpunkte führen dürfte (vgl. Plünnecke/Seyda, 2007).

Humankapital

Bei der Betrachtung des Humankapitals wird das Konzept der Bildungsjahre verwendet. Die Steigerung der formalen Abschlüsse setzt sich aus zwei Effekten zusammen. Zum einen führt die bessere frühkindliche Förderung im Kindergarten und in der Grundschule dazu, dass die Kompetenzen der Kinder gegen Ende der Schulpflichtzeit deutlich ansteigen. Es lässt sich ermitteln, dass bei einer Reduzierung der Wirkungsstärke von Benachteiligungen durch den Bildungshintergrund der Eltern auf die Leistungen der Kinder deutliche Kompetenzzuwächse zu erreichen wären, die allein zu einer Zu-

⁴ Eine Studie der Robert Bosch Stiftung (2006) kommt zu dem Ergebnis, dass durch familienunterstützende Dienstleistungen in Deutschland in Familien als Arbeitgebern etwa 60.000 neue Vollzeitarbeitsplätze entstehen könnten.

⁵ Als weitere Alternative betonen Rürup und Gruescu (2005), dass durch familienorientierte Arbeitszeitmuster positive Effekte auf die Erwerbstätigkeit von Eltern erreicht werden können.

nahme der formalen Bildungsjahre von 13,5 auf 14,0 führen würden (Anger et al., 2007). Zum anderen führt eine stärkere Modularisierung dazu, dass bei gegebenen Kompetenzen der Jugendlichen nachfolgend höhere Bildungsabschlüsse erreicht werden können. Die Modularisierung in der Berufsausbildung dürfte dazu führen, dass mehr Jugendliche den Abschluss einer Berufsausbildung erreichen. Ferner kann die Modularisierung bei Bachelor- und Masterstudiengängen dazu führen, dass die Übergangsquote von der Studienberechtigung zur Aufnahme eines Studiums gesteigert werden kann. Kompetenzzunahme und verbesserte Effizienz beim Übergang von Schule zu Berufsausbildung und Studium führen zu der Annahme, dass der Anteil der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung langfristig halbiert und der Anteil der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss um 15 Prozentpunkte gesteigert werden kann.⁶

Die ersten Effekte der Höherqualifizierung ergeben sich bei sofortigen Reformmaßnahmen ab dem Jahr fünf 2020 bis 2024, da die Umsetzung der Modularisierung Zeit benötigt und erst ab dann die besser qualifizierten Kohorten das erwerbsfähige Alter erreichen. Die volle Wirkung erreichen die Maßnahmen erst gegen Ende der Betrachtungsperiode, wenn alle Jahrgänge im erwerbsfähigen Alter von den Bildungseffekten profitiert haben.

Arbeitslosigkeit

Bei den Annahmen zur strukturellen Arbeitslosigkeit soll für das Ist-Szenario eine konstante Erwerbslosenquote unterstellt werden. Für das Szenario Gesamteffekt soll von einer konstanten qualifikationsspezifischen Erwerbslosenquote ausgegangen werden, sodass die verbesserte Qualifikation der nachrückenden Kohorten zu einem Rückgang der strukturellen Erwerbslosenquote führt.

Zur Berechnung der Erwerbslosenquote werden die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten aus dem Durchschnitt des Jahrfünfts 2000 bis 2004 gewonnen. Nach Angaben der OECD (2006a) beträgt diese für Personen mit einem Abschluss unterhalb eines höheren Sekundarabschlusses (keine Lehre) 16,24 Prozent. Personen mit einer Lehre oder einem Abitur (Sek-II) weisen eine Arbeitslosenquote von 9,34 Prozent auf. Personen mit tertiärem Abschluss waren zwischen 2000 und 2004 im Durchschnitt nur zu 4,72 Prozent von Arbeitslosigkeit betroffen. Multipliziert man diese qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten mit der durchschnittlichen Qualifikation der Personen im erwerbsfähigen Alter, so ergibt sich eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 9,3 Prozent zwischen 2005 und 2009, die aufgrund der Höherqualifizierung auf 8,0 Prozent in den kommenden 40 Jahren sinkt.

Für die Berechnung der Wachstumsraten soll darüber hinaus berücksichtigt werden, dass die Zahl der Erwerbstätigen durch die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit zunimmt. Dieser Effekt auf die Arbeitslosenquote soll nur vorsichtig in einem geringen Umfang berücksichtigt werden und zu einer weiteren Abnahme der Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte führen.

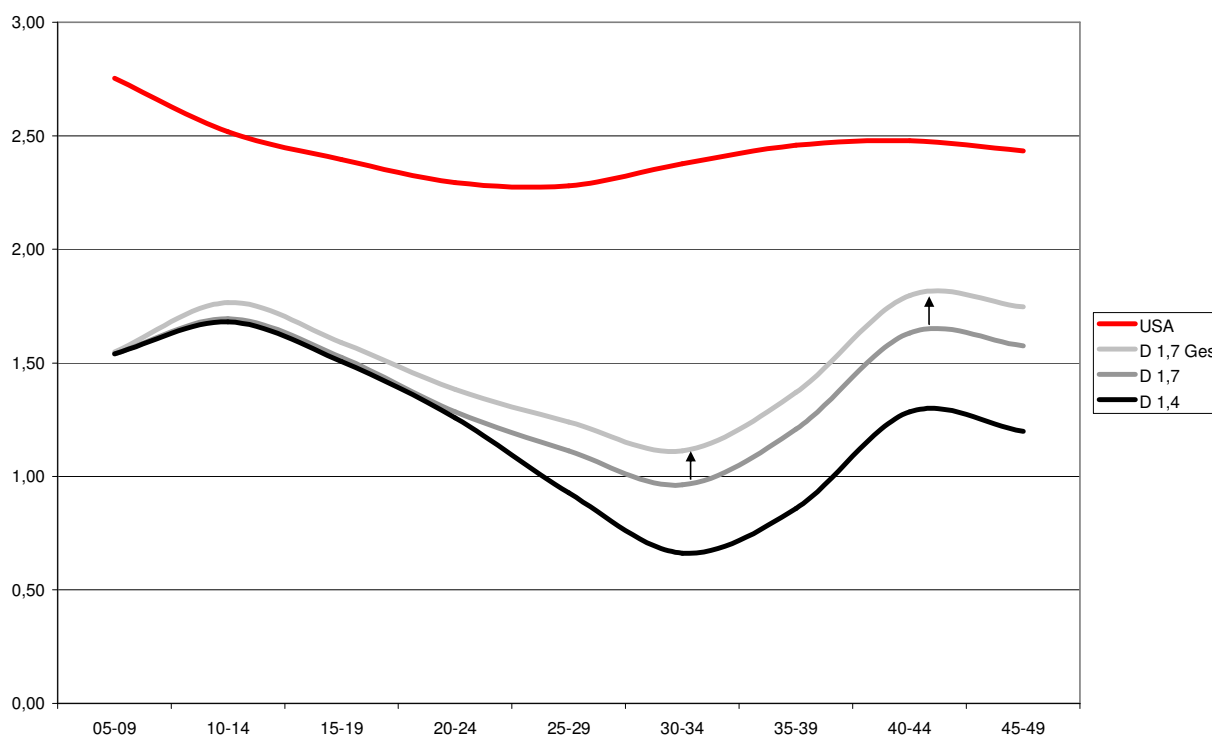
⁶ Zusätzlich zu der in Anger et al. (2007) aus einem Modell hergeleiteten Zunahme der Bildungsjahre von 13,5 auf 14,0 Jahre durch den Effekt der frühkindlichen Bildung auf die Kompetenzen von Jugendlichen wird somit angenommen, dass eine Erhöhung von 14,0 Jahre auf 14,4 Jahre durch die bessere Verzahnung der Bildungsabschlüsse durch eine systematische Modularisierung erreicht werden kann.

Wachstumseffekte beim BIP

Das Wachstum des Gesamt-BIP erhöht sich durch die steigende Beschäftigung bereits kurzfristig leicht und bleibt über den gesamten Zeitraum oberhalb des Wachstums bei alleiniger Berücksichtigung der steigenden Kinderzahl. Die Wachstumsdelle durch den Übergang der Baby-Boomer in den Ruhestand kann weiter geschlossen werden, das langfristige Wachstumspotenzial nimmt zu. Der Abstand beim BIP-Wachstum gegenüber den USA reduziert sich deutlich.

Abbildung 9

Jährliche Wachstumsraten des BIP im Ist-Szenario, bei steigender Kinderzahl und bei wachstumsorientierter Familienpolitik (Gesamteffekt)



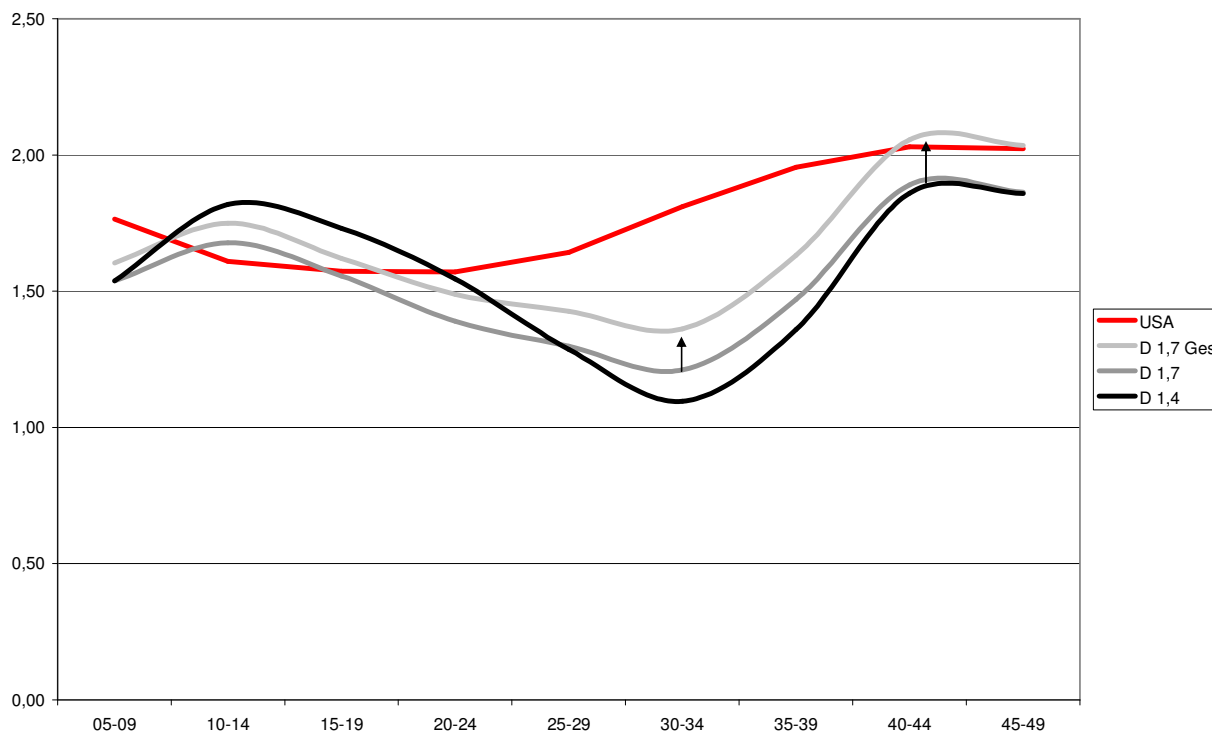
Quelle: eigene Berechnungen

Wachstumseffekte beim BIP je Einwohner

Durch die Zunahme des Gesamtwachstums ist auch die Reduzierung der Wachstumsrate des BIP je Einwohner in der Übergangsphase geringer. Selbst in der demographisch belasteten Wachstumsphase zwischen 2030 und 2034 bleibt das Wachstum des BIP je Einwohner fast auf dem Niveau des ersten Jahrfünfts dieses Jahrhunderts. Langfristig sind Wachstumsraten des BIP je Einwohner von etwa 2 Prozent und mehr zu erreichen. Gegenüber dem Wachstum des BIP je Einwohner in den USA kann durch eine nachhaltige, das heißt bevölkerungs- und wachstumsorientierte Familienpolitik der demographiebedingt zu erwartende Wachstumsverlust gegenüber den USA weitgehend kompensiert werden.

Abbildung 10

Jährliche Wachstumsraten des BIP je Einwohner im Ist-Szenario, bei steigender Kinderzahl und Berücksichtigung einer wachstumsorientierten Familienpolitik (Gesamteffekt)



Quelle: eigene Berechnungen

Zur Steigerung der Wachstumsrate des BIP je Einwohner ist es damit besonders wichtig, die Familienpolitik sowohl bevölkerungs- als auch wachstumsorientiert auszugestalten. Eine steigende Kinderzahl sollte damit auf die Weise gefördert werden, dass die Effekte auf die Erwerbstätigkeit der Väter und Mütter, die Qualifikation der Kinder und die damit verbundenen Arbeitsmarktperspektiven ebenso positiv beeinflusst werden. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine bessere frühkindliche Förderung der Kinder und eine Modularisierung des Bildungssystems sowie damit eine Verbreiterung des fertilen Zeitfensters sollten daher im Mittelpunkt der Reformanstrengungen einer nachhaltigen Familienpolitik stehen.

6. Handlungsbedarf in der EU-25

Innerhalb der EU-25 unterscheiden sich die Reformnotwendigkeiten in der Familienpolitik beträchtlich. Neben den oben gezeigten Effekten durch eine steigende Kinderzahl gilt es auch in der EU die Familienpolitik so auszugestalten, dass positive Wachstumsimpulse durch eine steigende Erwerbstätigkeit der Frauen und durch eine bessere frühkindliche Bildungspolitik generiert werden können.

Erwerbstätigkeit der Frauen

Der Mittelwert bei der Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Frauen liegt bei der unten ausgewählten EU-Ländergruppe (OECD-Staaten) bei knapp 58 Prozent. Hohe Erwerbstätigenquoten weisen Schweden, Dänemark, das Vereinigte Königreich, Finnland und die Niederlande auf.

Tabelle 4

Erwerbstätige in Prozent aller Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren im Jahr 2005

Schweden	71,8
Dänemark	70,8
Vereinigtes Königreich	66,8
Finnland	66,5
Niederlande	65,0
Österreich	62,0
Portugal	61,7
Deutschland	59,6
Irland	58,0
Frankreich	56,9
Tschechische Republik	56,3
Belgien	54,1
Luxemburg	53,7
Spanien	51,9
Ungarn	51,0
Slowakei	50,9
Polen	47,0
Griechenland	46,2
Italien	45,3

Schweden, Niederlande: 2004

Quelle: OECD

Bildungschancen der Kinder

Besonders erfolgreich werden die Kinder aus bildungsfernen Schichten in Finnland, den Niederlanden, Irland, dem Vereinigten Königreich und Schweden gefördert. Deutschland erreicht bei den Kin-

den aus Familien mit mittlerer Qualifikation sehr gute Ergebnisse, fördert aber die Kinder aus bildungsfernen Schichten sehr schlecht.

Tabelle 5

PISA-Punkte im Bereich Lesekompetenz im Jahr 2003 von 15-jährigen Schülern, deren Mutter

	... keine abgeschlossene Berufsausbildung hat	... maximal eine abgeschlossene Berufsausbildung* hat
Finnland	523	536
Niederlande	509	516
Irland	492	519
Vereinigtes Königreich	490	527
Schweden	479	525
Belgien	476	512
Spanien	470	487
Portugal	468	504
Frankreich	467	510
Dänemark	457	488
Luxemburg	453	489
Italien	450	493
Griechenland	448	480
Deutschland	447	520
Tschechische Republik	446	492
Österreich	441	498
Polen	440	492
Ungarn	428	479
Slowakische Republik	402	468

*beziehungsweise einen Abschluss der Sekundarstufe II

Vereinigtes Königreich: 2000; Lettland: zu geringer Anteil von Müttern ohne abgeschlossene Ausbildung

Quelle: OECD (2005)

Besonders erfolgreich werden eine hohe Geburtenziffer und positive Wachstumseffekte aus guten Bildungsergebnissen und einer hohen Erwerbstätigkeit der Frau damit in Schweden, Finnland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich erreicht.

Die erfolgreichen EU-Länder sind bei den in Übersicht 1 beschriebenen Reformfeldern relativ weit.

Übersicht 1

Übersicht über wichtige familienpolitische Reformfelder

	Einkommensabhängige Elterngeldregelung	Elternzeit insgesamt (in Wochen)	Anteil der Kinder in institutioneller Betreuung unter 3	Vor- und Nachmittagsunterricht	Typisches Absolventenalter von Hochschulabsolventen
Dänemark	Vorhanden	32	83	Vorhanden	22-24
Schweden	Vorhanden	156	66	Vorhanden	23-25
Norwegen	Vorhanden	43	44	Vorhanden	22
Finnland	Vorhanden	145	35,7	Erweiterte Halbtagschule	25-29
Niederlande	Einkommensabhängiges Mutterschaftsgeld für 16 Wochen	26	29	Vorhanden	22-23 ¹⁾
Belgien	Einkommensabhängiges Mutterschaftsgeld für 15 Wochen	26	27,6	Vorhanden	k.A.
Frankreich	Einkommensabh. Mutterschaftsgeld für 16 bis 26 Wochen	156	27	Vorhanden	21-22
Vereinigtes Königreich	Einkommensabh. Mutterschaftsgeld für 26 Wochen	26	26	Vorhanden	21
Portugal	Einkommensabh. Mutterschaftsgeld für 16 oder 20 Wochen	52	25	Teilweise	22
Italien	Einkommensabh. Mutterschaftsgeld für 5 Monate	48	18,7	Teilweise	22
Irland	Einkommensabhängiges Mutterschaftsgeld für 18 Wochen	28	15	Vorhanden	22

Österreich	Einkommensabhängiges Mutterschaftsgeld für 16 Wochen	104	10	Vorwiegend Halbtags-schulen	22
Ungarn	Einkommensabh. Mutterschaftsgeld für 24 Wochen	104	9,3	Weit verbreitet	21-25
Deutschland	Vorhanden - seit 01.01.2007	156	8,6 – deutliche Steigerung bis 2013 beschlossen	Vorwiegend Halbtags-schule	25 ²⁾
Tschechische Republik	Einkommensabhängiges Mutterschaftsgeld für 28 Wochen	180	0,5	teilweise	22-24

Quellen: OECD (2006a); OECD (2006b); (Kurzprogramme: 3 bis unter 5 Jahre; ¹⁾ alle Studiengänge); ²⁾ effektives Absolventenalter 28; Klein (2003)

Die in den familienpolitischen Zielen erfolgreichen Staaten Schweden, Finnland, das Vereinigte Königreich und die Niederlande bieten gerade hochqualifizierten Frauen eine gute Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf, in dem sie zum einen für einen hohen Anteil an Kindern unter drei Jahren ein institutionelles Betreuungsangebot zur Verfügung stellen.⁷ Ferner werden Anreize für eine Erwerbstätigkeit erhöht, in dem durch ein effizientes Bildungssystem das Absolventenalter von Hochschulabsolventen niedrig ist (UK, Niederlande). In dieselbe Richtung wirkt das Vorhandensein eines Elterngeldes (Schweden, Finnland) beziehungsweise eine kurze Elternzeit (UK, Niederlande), die Anreize für einen schnellen Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt schaffen. Zum dritten zeichnen sich die erfolgreichen Staaten durch Ganztagsschulsysteme (beziehungsweise erweiterte Halbtags-schulen) aus, die eine bessere individuelle Förderung der Kinder ermöglichen. Bei den in den Zielen Fertilität, Erwerbstätigkeit und Kompetenzförderung weniger erfolgreichen Staaten hingegen machen sich das weitgehende Fehlen von Elterngeldregelungen, einer ausreichenden Krippenversorgung, Ganztags-schulsystemen und effizienten Ausbildungszeiten bemerkbar.

⁷ Zur positiven Korrelation von Betreuungsinfrastruktur und Erwerbstätigkeit sowie Infrastruktur und Kinderzahl vergleiche Robert Bosch Stiftung (2006).

7. Fazit

Klammert man alle weiteren wachstumsrelevanten Faktoren aus, so kann gezeigt werden, dass allein durch die Unterschiede bei dem Bevölkerungsaufbau und dem demographischen Wandel ein Wachstumsunterschied von 1 Prozentpunkt zwischen den USA und der EU beziehungsweise Deutschland besteht. Deutschland fällt bei diesem Vergleich besonders stark zwischen 2020 und 2035 zurück, wenn gut qualifizierte geburtenstarke Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und durch geburtenschwache Jahrgänge quantitativ nicht ersetzt werden können.

Gelingt es durch eine nachhaltige Familienpolitik, die Kinderzahl in Deutschland auf 1,7 Kinder pro Frau zu erhöhen, so kann die Wachstumslücke gegenüber den USA zunächst leicht, in 40 Jahren um etwa ein Drittel geschlossen werden. Ähnliche Effekte sind zu erwarten, wenn es innerhalb der Europäischen Union gelingt, ein höheres Bevölkerungswachstum zu erreichen. Beim Vergleich des Wachstums des BIP je Einwohner ist eine höhere Geburtenrate zunächst mit einer leichten Einbuße an Wachstum verbunden, die jedoch durch ein höheres Wachstum kompensiert wird, wenn die Kinder später ins Erwerbsalter kommen.

Wichtig ist es aus wachstumspolitischer Sicht, dass die Maßnahmen zur Steigerung der Kinderzahl gewählt werden, die in einem Zweitrundeneffekt zusätzliches Wachstum generieren können. Durch eine geeignete Familienpolitik ist es möglich, die frühkindliche Förderung zu verbessern und damit die Qualifikationen der künftigen Generationen. Ferner kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt werden, so dass die Erwerbstätigenquoten insbesondere von Frauen steigen können. Ferner kann dadurch der demographisch bedingte Anstieg der Abgabenquote gebremst werden. Als erfolgversprechende Maßnahmen sind die Einführung eines Elterngeldes, der Ausbau der frühkindlichen Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die verstärkte Einführung von Ganztagschulen und die stärkere Modularisierung von Bildungsgängen zu nennen.

Durch eine solche bevölkerungs- und wachstumsorientierte Familienpolitik können zusätzliche Wachstumsimpulse generiert werden. Die Wachstumslücke gegenüber den USA kann weiter geschlossen werden; Deutschland kann gegen Ende des Betrachtungszeitraums dadurch sogar eine höhere Wachstumsrate des BIP je Einwohner erreichen und bei dieser Wohlstandsgröße gegenüber den USA aufholen. In der EU sind diese Maßnahmen in unterschiedlichem Maße bereits umgesetzt. Schweden, Finnland, das Vereinigte Königreich und die Niederlande haben bereits heute eine hohe Kinderzahl je Frau, hohe Erwerbstätigenquoten und ein gutes Bildungssystem auch gerade zur Förderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten. Andere Staaten der EU können sich folglich an diesen Benchmark-Staaten orientieren und durch eine bevölkerungs- und wachstumsorientierte Familienpolitik zusätzliche Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit der EU gewinnen.

Kurzzusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des Gutachtens

1. Durch das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt wird es in Deutschland (unter sonst gleichen Bedingungen) zu einem Rückgang der jährlichen Wachstumsrate des Produktionspotenzials bis auf etwa 0,7 Prozent im Zeitraum 2030 bis 2034 kommen. Danach erholt sich die jährliche Wachstumsrate des Produktionspotenzials und steigt auf etwa 1,2 bis 1,3 Prozent zwischen 2040 und 2050 an.
2. Durch eine wachstums- und bevölkerungsorientierte Familienpolitik können erhebliche positive Effekte auf die Wachstumsdynamik erzielt werden. In dem demographisch am stärksten belasteten Zeitraum zwischen 2030 und 2034 kann die Wachstumsrate von knapp 0,7 Prozent auf 1,1 Prozent gesteigert werden. Langfristig kann eine Erhöhung des Wachstumspotenzials um gut 0,5 Prozentpunkte pro Jahr erreicht werden. Auch bei der jährlichen Wachstumsrate des BIP je Einwohner ist in Deutschland ab 2030 gegenüber dem Basisszenario eine Steigerung um gut 0,2 Prozentpunkte durch eine nachhaltige Familienpolitik zu erwarten.
3. Innerhalb der EU-25 sind die durch Familienpolitik beeinflussbaren Wachstumstreiber bereits in Schweden, dem Vereinigten Königreich, Finnland und den Niederlanden günstig ausgestaltet. In diesen Staaten sind die Geburtenraten und die Erwerbstätigenquoten von Frauen hoch, die Bildungspotenziale von Kindern aus bildungsfernen Familien werden vergleichsweise gut erschlossen. In allen vier Ländern ist ein hohes Angebot an institutioneller Betreuung für Kinder unter drei Jahren vorhanden, es bestehen Anreize für eine schnelle Rückkehr ins Erwerbsleben zum Teil durch ein Elterngeld (Schweden, Finnland) zum Teil durch eine kurze Elternzeit (Vereinigtes Königreich, Niederlande). Ferner haben die Staaten Ganztagschulsysteme (beziehungsweise erweiterte Halbtagschule in Finnland) und erreichen (mit Ausnahme Finnlands) ein niedriges Hochschulabsolventenalter.
4. Diese wichtigen wachstums- und bevölkerungsorientierten Bausteine werden auch in Deutschland Schritt für Schritt umgesetzt. Insbesondere beim Elterngeld und bei dem Ausbau der Krippeninfrastruktur hat die Politik wichtige Reformen bereits umgesetzt beziehungsweise beschlossen.

Literatur

- Anger**, Christina / **Plünnecke**, Axel / **Tröger**, Michael, 2007, Renditen der Bildung - Investitionen in den frühkindlichen Bereich, Gutachten im Auftrag der Wissensfabrik
- Becker**, Irene, 2002, Frauenerwerbstätigkeit hält Einkommensarmut von Familien fern, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 71. Jg., Nr. 1, S. 126-146
- Bertram**, Hans / **Rösler**, Wiebke / **Ehlert**, Nancy, 2005, Nachhaltige Familienpolitik: Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Berlin
- BIB** – Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaft / **Robert Bosch Stiftung**, 2006, Kinderwünsche in Deutschland: Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik, Stuttgart
- Burniaux**, Jean-Marc / **Duval**, Romain / **Jaumotte**, Florence, 2003, Coping with ageing: A dynamic approach to quantify the impact of alternative policy options on future labour supply in OECD countries, Paris
- DIW** – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2002, Abschätzung der Brutto-Einkommenseffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau der Kindertageseinrichtungen, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Schriftenreihe des BMFSFJ, Band 233, Baden-Baden
- Duvander**, Ann-Zofie / **Andersson**, Gunnar, 2005, Gender Equality and Fertility in Sweden: A Study on the Impact of the Father's Uptake of Parental Leave on Continued Childbearing, MPIDR Working paper, No. 2005-013, Rostock
- Gräf**, Bernhard, 2003, Deutsches Wachstumspotenzial: Vor demografischer Herausforderung. Deutsche Bank Research. Aktuelle Themen/Demografie Spezial Nr. 277, 14. Juli 2003. Frankfurt am Main
- Klein**, Helmut E., 2003, Schulsystem: Indikatoren für Leistung und Effizienz, in: Klös/Weiß (Hrsg.), Bildungs-Benchmarking Deutschland, Deutscher Instituts-Verlag, Köln
- OECD**, 2005, Learning for Tomorrow's World – First Results from PISA 2003, Paris
- OECD**, 2006a, Education at a Glance, Paris
- OECD**, 2006b, Starting Strong II: Early Childhood Education and Care, Paris
- Plünnecke**, Axel / **Seyda**, Susanne, 2007, Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, in: IW Analysen, Nr. 27, Köln
- Prognos**, 2005, Work Life Balance. Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Berlin
- Robert Bosch Stiftung**, 2006, Unternehmen Familie, Studie von Roland Berger Strategy Consultants im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart
- SVR** – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2002, Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/2003, Stuttgart

Der Autor

Dr. rer. pol. **Axel Plünnecke**, geboren 1971 in Salzgitter; Studium der Volkswirtschaftslehre in Göttingen, Promotion in Braunschweig; seit 2003 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Referent im Arbeitsbereich „Bildungsökonomie“ innerhalb des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik; seit 2005 stellvertretender Leiter des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik.